



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Suggestionen in der Politik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

und alles zu überdenken. Aber nun wollte sie nichts davon wissen, sie lehnte jeden Aufschub ab, sie erklärte, alles lange genug überlegt zu haben, sie wollte endlich Ruhe haben. So zog er sie denn an sein Herz, das bei aller Freude unruhig schlug.

Lucie aber war in dieser Stunde wirklich glücklich. Sie glaubte, im Geiste der rechten Liebe gehandelt zu haben, und dieser Glaube war so süß, daß sie in ihrem Herzen eine frohe Genugthuung fühlte, eine sanfte Stille, wie das milde Wehen nach einer Gewitternacht. Und als der Mond am Abend durch das Fenster ihrer Kammer blickte, da sah er nur noch eine Thräne der Wehmut an ihrem Auge, keine Thräne des Schmerzes mehr.

(Fortsetzung folgt)



## Suggestionen in der Politik



Seit den letzten Reichstagswahlen sind Monate verfloßen, die neue Versammlung ist zusammengetreten und nach Erledigung der Aufgabe, für die sie geschaffen wurde, vorläufig in Gnaden entlassen worden. Was diese Wahlen lehren, ist von allen Standpunkten aus beleuchtet worden, von dem der grünen Feste vortrefflich in Heft 30. Ist es da überhaupt angemessen, noch einmal auf das Thema zurückzukommen, nachdem für die Zeit der sauern Gurke nicht nur hohe Reisen, sondern auch die irische und die norwegische Frage, Herz und Clemenceau, Sozialistenprügeleien und südamerikanische Revolutionen, Cholera und andre schöne Dinge hinlänglichen Gesprächsstoff geliefert haben? Wir glauben die Frage bejahen zu dürfen. Denn eben weil voraussichtlich der deutsche Staatsbürger nicht zu bald wieder an die Urne berufen werden wird, haben wir Muße zu Erörterungen, vielleicht Verständigungen, für die unmittelbar vor der Schlacht keine Zeit übrig zu sein pflegt.

Gingen uns die Dinge nicht so verzweifelt nahe an, so würden wir wünschen, Aristophanes aus dem Grabe heraufbeschwören zu können. Welche Freude würde der Alte empfinden, seinen Kleon in so vielerlei Gestalten, sogar als Regierungsassessor a. D. wiederzusehen! Welchen köstlichen Vorwurf böte ihm das Ergebnis der Wahlen! Was war aus dem „Volk“ geworden? Bekanntlich vertritt nur eine Partei das Volk, nämlich die Grundsuppe, die von der ehemals demokratischen, Fortschritts-, freisinnigen Partei übrig geblieben ist, die freisinnige Volkspartei. (Beiläufig bemerkt ist dieser Name nicht glücklich gewählt, denn er könnte auf die Vermutung bringen, daß es auch ein nichtfreisinniges Volk oder ein freisinniges Nichtvolk gebe. Viel

schöner ist die von einigen Organen, nicht etwa zum Hohn, aufgebrachte Bezeichnung „Richterpartei,“ aus der so leicht Nachrichtenpartei werden kann.) Nun war bekanntlich diese Partei im ersten Wahlgange vollständig verschwunden, und nur mit Hilfe verhasster volksfeindlicher Parteien, durch das früher so verächtliche Mittel der Kartelle, wurden so viel Getreue durchgebracht, daß sie allenfalls die berühmte Droschke ihres Herrn und Meisters füllen können. Haben wir also noch ein Volk oder nicht? Oder sollte das — stets ein so erhebendes Schauspiel bietende — Betteln mit dem Parteiflingelbeutel diesmal nicht den Ertrag geliefert haben, der erforderlich gewesen wäre, um das Volk darüber zu belehren, was es will? Denn das „Volk“ der Freisinnigen ist zwar der Inbegriff aller guten und großen Eigenschaften, aber gleichzeitig bis zur Unzurechnungsfähigkeit beschränkt, und wenn es ihm seine uneigennütigen Vormünder nicht sagen, so weiß es nicht, was es will, geschweige denn, was es zu seinem Heile wollen muß. Wie dem auch sei: ergözen würde es den alten Satiriker gewiß höchlich, daß die privilegierten Vertreter der Reichshauptstadt von ihren Mitbürgern kläglich im Stich gelassen worden sind und nicht einmal alle in Wahlkreisen Unterschlupf gefunden haben, die sie („die“ und „sie“ nach Belieben als Subjekt oder Objekt zu verstehen!) nicht anders kennen als von einer Wahlreise her, daß sich der neue Reichstag sogar ohne den nach Richters Ausspruch unentbehrlichen Virchow behelfen und dieser selbst sich begnügen muß, seine, ach so bekannten! Weisheitsprüche dem semitischen Teile der Berliner Studentenschaft vorzutragen.

So tiefbetäubend für jeden freisinnigen Biedermann solche Erscheinungen sein müssen, so erklärlich sind sie. Mehrere Gründe hat der erwähnte Auffatz in den Grenzboten schon angegeben. Wir fügen hinzu: jeder Radikalismus wird unfehlbar überradikalisiert. Immer wird er an eine Stelle geraten, über die er beim Einreißen nicht hinausgehen will, wovor aber noch entschiednere nicht zurückschrecken; ist doch selbst Bebel glücklich schon ein Reaktionär, ein Abtrünniger, ein Verräter an der Sache der Arbeiter, ein Unterdrücker der freien Meinung geworden! Was ist natürlicher, als daß eine Partei, die den jetzigen Staat bestehen lassen, nur in ihm die einzige Autorität sein möchte, von ihren fortgeschrittenen Schülern niedergetreten wird, die diesen Staat oder überhaupt jedes Staatswesen abschaffen wollen? Die Massen, die gedankenlos den bloßen Reinsagern gefolgt sind, machen sich darüber keine Skrupel, daß Bebel auf die Frage, wie sein militär-, steuer-, glaubens- u. s. w. freier Zukunftstaat beschaffen sein und bestehen werde, nur mit einer Umschreibung des altberühmten Spruches einer seiner Vorläufer zu antworten wußte: Nix gewisses weiß man nicht! Anders wird er sein als der jetzige, das ist der Weisheit ganzer Schluß auch bei den „Marxisten,“ und damit kommen auch „Unabhängige,“ Nihilisten und Anarchisten aus. Anders! Das genügt den Unzufriednen, und deren Zahl ist ungeheuer groß, gleichviel, ob sie triftigen

Grund haben, über ihr Los zu klagen, oder nicht. Nur wer wenig von der Geschichte kennt, kann darüber erschrecken, daß die sozialdemokratische Partei so großen Zuzug aus Berufskreisen erhält, die nach dem heutigen Sprachgebrauch gar nicht zu den arbeitenden Klassen gerechnet werden dürfen. Man braucht sich nur an die unter dem Namen des Bauernkrieges bekannte erste große Erhebung der untern Stände in Deutschland zu erinnern, wo gewerbfleißige Städte, die unter dem Drucke kleiner Herren, geistlicher oder weltlicher Fürsten oder bürgerlicher Geschlechter litten, ihre Thore dem Bundschuh öffneten, Ritterbürtige wie Berlichingen und Florian Geher, sich an die Spitze der bewaffneten Bauern stellten. Die forderten, was heute als Menschenrechte allgemein anerkannt ist, und kein Vernünftiger und Billigdenkender verkennt heute das Berechtigte in den Forderungen der Sozialdemokratie. Von deren Führern wird es zum großen Teil abhängen, ob abermals mit dem Übertriebnen oder Sinnlosen auch das Gerechte und Mögliche nicht zur Ausführung kommen soll. Für eins sind wir ihnen unter allen Umständen zu Danke verpflichtet, nämlich für die immer wiederholte unumwundne Erklärung, nicht ruhen zu wollen, bis sie die Mehrheit in der Vertretung haben, um dann die Minderheit, oder vielmehr die Minderheiten, unter das Joch der Massenherrschaft zu zwingen. Damit üben sie eine unschätzbare Kritik an dem Prinzip des auf allgemeines gleiches Wahlrecht aufgebauten Parlamentarismus, eine Kritik, zu der allerdings auch andre, aber meist im stillen, gelangt sind.

Denn der „wunderliche Freund“ in Heft 25 der Grenzboten hat ohne Zweifel zahllose Gefinnungsgenossen, die viel größern Anspruch auf die Bezeichnung „wunderlich“ haben als er. Sie sind stillschweigend übereingekommen, ihre wahre Meinung nicht auszusprechen, ja ausdrücklich zu verleugnen, und dies lediglich wegen eines Aberglaubens. Staatsmänner, die es liebten, ihre Reden mit passenden Anekdoten zu würzen, wie Abraham Lincoln und Franz Deak, würden für den Fall vielleicht folgendes Beispiel gewählt haben. Einem Manne, der sich über ein gewisses Unbehagen beklagte, wurde von einem andern als Radikal- und Universalmittel der Genuß eines großen Glases Wachholderbranntwein vor dem Frühstück anempfohlen. Er genoß die Arznei gewissenhaft, glaubte anfangs auch gute Wirkung zu verspüren, doch nach kurzer Zeit stellten sich allerlei Übel ein, die nicht nur lästiger, sondern auch gefährlicher waren als das frühere. Sagte man ihm nun: die Kur mag für jenen passen, obgleich auch er trotz aller Pausbackigkeit nicht den Eindruck eines gesunden Menschen macht, für deine Natur ist sie augenscheinlich nicht geeignet, gieb sie auf, so gab er zur Antwort, das würde inkonsequent sein, sich nicht schicken; was man angefangen habe, müsse man auch durchführen, möge daraus werden, was da wolle. Was daraus wurde, braucht nicht berichtet zu werden.

So sagen die Wunderlichen: Es ist richtig, daß verschiedene von den

Arzneien, die Deutschland nach fremdem Räte gegen sein allgemeines Unbehagen gewissenhaft eingenommen hat, teils wegen ihrer Zusammensetzung, teils wegen der Größe der Dosen nicht zuträglich gewesen sind, sodaß es sich übler befindet als früher. Das muß aber ertragen werden. Mit andern Worten: von den Rechten und Freiheiten, die wir uns nach fremden Mustern beigelegt haben, bekommen uns einige recht schlecht, aber etwas von ihnen aufzugeben oder doch umzumodeln wird für ganz unmöglich erklärt. Allerdings ändern wir fort und fort an unsern Gesetzen und Einrichtungen, und das ist erlaubt, insofern es in der Richtung nach links geschieht, die Wendung „halbrechts“ kann niemals gestattet werden. Tragen wir das Grimmen in uns mit Würde, vielleicht hört es von selbst auf, und wenn nicht — nun dann ist wenigstens die Ehre gerettet, der gute Name in den freisinnigen Zeitungen und bei gewissen guten Freunden und getreuen Nachbarn, die uns von Herzen sehr viel „Freiheit“ und sehr wenig Macht gönnen.

Wohl jedermann kennt solche wunderlichen Leute in Menge. Ob die neuesten Wahlen dazu beitragen werden, den Aberglauben zu erschüttern? Sind sie selbst schon ein Zeichen, daß man anfängt, allgemein zur Besinnung zu kommen? Wir wagen es noch nicht zu hoffen. Angenommen, daß hie und da Wähler die Phrasen des Freisinn's satt bekommen haben, so wäre das, da es so spät eintritt, ein Erfolg, der für den Augenblick sehr wenig bedeutet und für die Zukunft keine Bürgschaft leistet. Überdies erschwert der Umstand, daß für die diesmaligen Wahlen eine so bestimmte Wahlparole wie: „Vermehrung der Wehrkraft oder nicht?“ ausgegeben war, allgemeinere Schlußfolgerungen.

Die Möglichkeit einer reinigenden Wirkung des diesmaligen Kampfes wollen wir dessenungeachtet nicht bestreiten. Denn gerade die Behandlung von Militärfragen in parlamentarischen Versammlungen ist vor allem dazu angethan, die Augen über den Wert des jetzigen Parlamentarismus zu öffnen. An und für sich bieten solche Verhandlungen ein komisches Schauspiel. Auf der einen Seite die Heeresverwaltung, auf der andern eine Mehrheit von Advokaten, Zeitungsschreibern, Beamten, Pastoren, Lehrern u. s. w., die, wenn es hochkommt, den einjährigen Dienst geleistet haben. Und diese begnügen sich nicht mit der Erklärung, die Bevölkerung könne die vermehrte Militärlast nicht tragen, nein, sie belehren die Fachmänner über die beste Organisation, über die für die Ausbildung der Soldaten erforderliche Zeit u. dgl. m. mit derselben Sachkenntnis und Gründlichkeit, mit der ihre Vorgänger vor dreißig Jahren die Heeresreform Wilhelms I. bekämpften. Das wird man doch eine Possen nennen dürfen, so wenig der Unterschied in der Lage von damals zu verkennen ist, als ein kriegserfahrener Herrscher und ein Moltke die Reform als unumgänglich begründeten. Diesem Widersinn, daß Männer, die von der in Verhandlung stehenden Sache etwas gründliches wissen, überschrieen und überstimmt werden

von Leuten, die ihre Sachkenntnis aus ihrem Leibblatte schöpfen, begegnen wir aber auch in andern wichtigen Angelegenheiten fort und fort; ja konsequenterweise möchte man den Sachkundigen — ausgenommen, wo es sich um Börsen- oder Tabaksteuer handelt — das Recht der Äußerung ganz absprechen, denn — sie stehen in dem Verdacht, bei der Entscheidung der Frage interessiert zu sein, und Interessenvertretung und Interessenpolitik gehören zu der Übel größten.

Das hört man auch aus dem Munde von Personen, die bei einigem Nachdenken das Grundlose solcher Behauptung erkennen würden. Der Satz ist ihnen eben „suggerirt“ worden, wie so vieles, was in politischen Gesprächen vorgebracht wird. Die Zeitungen, die Parlaments- und Volksversammlungsredner sagen Lesern und Hörern so oft auf den Kopf zu: „Das ist eure Ansicht, wie die Ansicht aller liberalen, aufgeklärten Menschen,“ daß Leser und Hörer endlich in der That der Ansicht zu sein glauben, oder sich doch für verpflichtet halten, das Gegenteil nicht zu bekennen.

bleiben wir zunächst bei der Suggestion der Verwerflichkeit der Interessenvertretung. Mein Ofen raucht, und ich bin in der Sache soweit Fachmann, daß ich den Rauch sehr deutlich spüre, seine Schädlichkeit erkenne, und der erste Gedanke ist, einen Geschäftsmann zu rufen, der sich auf Ofenbau versteht. Das wäre jedoch sehr verfehlt, denn der Mann würde ein Interesse daran haben, die Ausbesserungsarbeit zu übernehmen. Deshalb rufe ich einen Mann, der in Vereinen Vorträge über den besten Staat hält und daher auch über den besten Ofen muß Auskunft geben können. Zum Glück für seine Thätigkeit in überfüllten, dunstigen Räumen ist er mit einem unausrottbaren Stockschmupfen behaftet und giebt mir die beruhigende Versicherung, meine Klage sei unbegründet, es sei kein Rauch zu spüren. Leider will sich meine Nase nicht überzeugen lassen, und ich nehme meine Zuflucht zu einem Professor der Medizin, der mich belehrt, daß der menschliche Körper auch eine Art Ofen, das Atmen ein steter Verbrennungsprozeß, das Einatmen von Kohlenoxyd aber durchaus nicht empfehlenswert sei. Nun kommt ein Advokat an die Reihe, und der weiß natürlich Rat: „Der Ofen muß abgetragen werden!“ Und als das geschehen ist, die Kacheln zum Teil zerschlagen auf dem Boden herumliegen, entfernt er sich selbstzufrieden mit den Worten: „Sehen Sie, jetzt raucht er nicht mehr.“ Unterdessen hat meine Magd eigenmächtig einen Töpfer geholt, der meint, der Ofen sei nur schlecht gefegt gewesen, der Ruß stecke ja noch im Rohre.

Welche Übertreibung, welch ein schlechtes Gleichnis! Welcher Thor würde so handeln? — Wer? Nun die Wähler, die sich einbilden, der Wahlakt habe eine gewisse Verwandtschaft mit der katholischen Priesterweihe, insofern die — gleichviel durch welche Mittel erreichte — Stimmenmehrheit bezeuge, daß der Gewählte alles Profane abgestreift habe und von Gott selbst (Volkessstimme, Gottesstimme!) erleuchtet sei. Denn jeder Mensch, treibe er, was er

wolle, lebt doch in dem Bannkreise nicht nur persönlicher Interessen, und ohne ein Mysterium ist es nicht verständlich, wie aus jedem Abgeordneten plötzlich der „Herr Mikrokosmos“ werden soll, nach dessen Bekanntschaft sich Mephistopheles sehnt. In einer wahrhaften Volksvertretung sollen aber alle Interessen zu Worte kommen, sie soll jeder Gesellschaftsklasse, jedem Berufe die Möglichkeit gewähren, ihre besondern Bedürfnisse, Wünsche, Beschwerden zur Sprache zu bringen. Jeder unbescholtne Staatsbürger soll das Wahlrecht ausüben können, aber nicht zu dem Zweck, seiner Klasse zur Alleinherrschaft zu verhelfen. Die Entscheidung, wie zwischen den streitenden Interessen auszugleichen, wie weit den einzelnen Bedürfnissen ohne Beeinträchtigung der übrigen Befriedigung zu verschaffen sei, ist nicht Sache der Parlamente, sondern der Regierungen.

Das verstößt abermals gegen eine suggerirte Meinung, derzufolge die Minister lediglich dazu da sind, die Aufträge des „hohen Hauses“ auszuführen. Daß die in Parlamenten ausgearbeiteten Gesetze in der Regel die allerschlechtesten sind, läßt sich nicht leugnen; allein es geht nicht anders, man muß sich darauf verlassen, daß eine spätere Versammlung die Fehler der frühern ausbessern werde. Da kommen die gegenwärtigen Verhandlungen in Oesterreich wie gerufen, und das Lesen dortiger Zeitungen ist sehr zu empfehlen. Was den Minister Taaffe zu dem Saltomortale ins allgemeine Wahlrecht bewogen haben mag, berührt uns hier eben so wenig, wie der Versuch, einem solchen Dreigespann wie Polen, klerikale Föderalisten und liberale Zentralisten den parlamentarischen Staatswagen zu überlassen. Dagegen ist von Wichtigkeit, daß die liberale Partei, die dort leider offiziell die deutsche Bevölkerung vertritt, und die sonst eitel Bewunderung für unsern Theristes und seinen „unentwegten“ Anhang ist, sich stets bereit gezeigt hat, den großen wie den bäuerlichen Grundbesitz den Gütererschlächtern, den Gewerbebestand dem Zwischenhandel und der Großindustrie auszuliefern, daß diese selbe Partei jetzt plötzlich entdeckt hat, jeder Stand habe die Berechtigung der Existenz und einer angemessenen Vertretung, die Kopfzahl allein dürfe nirgends den Ausschlag geben, am wenigsten in Oesterreich. Da ein Hauptredner dieser Partei vergaß sich so weit, zu erklären, daß man sich auch in der Politik von der Erfahrung belehren lassen müsse, und daß nur ein beschränkter Mensch sein Leben lang bei den unreifen Ansichten der Jugend beharre. Die Not der Partei hat dort den Schleier der Suggestion zerrissen — Herr Virchow wird sein Antlitz verhüllen.

Werden die Politiker an der Donau die Folgerungen ihrer jetzt ausgesprochenen Sätze anerkennen, nämlich: daß sich jede Interessengruppe durch Männer aus ihrer Mitte, Sach- und Fachverständige, Kenner der örtlichen Verhältnisse vertreten lassen muß, womit den gewerbsmäßigen Parlamentariern, den Alleswissern in großen Städten das Handwerk gelegt werden würde? daß man nötigenfalls auch den Judengemeinden ein eignes Wahlrecht ein-

räumen könnte? daß der Glaube an den alleinseligmachenden Parlamentarismus endlich abgeschworen werden muß u. f. w.? Schwerlich. Aber ein Anfang in der Erkenntnis ist gemacht, und nach und nach dürfte man sich gezwungen sehen, andre veraltete Vorurteile abzustreifen.

Freilich die gesetzliche Einschränkung der Judenſchaft — gegen dieſen Gedanken erhebt ſich der geſamte Liberalismus von der radikalſten bis zur verwaſchenſten „Marke,“ wie eben jetzt die nationalliberale Partei in Berlin. In keiner andern Frage hat die Suggestion ſo viel Macht. Man ſieht wohl ein, daß die fortgeſetzte jüdiſche Einwanderung vom Oſten her, das Vordringen dieſes Elements in alle bürgerlichen Berufskreiſe und in alle Staatsämter das deutſche Reich endlich zu einem jüdiſchen machen muß; allein, ſo bedauerlich es iſt, es darf dem nicht Einhalt geboten werden. Der Verfaſſer der kürzlich in dieſen Blättern erſchienenen Anmerkungen zur Judenfrage entlehnt den Philoſemiten den Satz: wenn das deutſche Volk nicht die Kraft habe, ſich das jüdiſche Element zu affimiliren, ſo habe es kein Recht zu leben. Dieſes Argument ließe ſich aber hundertfältig anwenden. Warum werden an Brücken und Böſchungen Geländer angebracht? Warum maßt ſich der Staat die Gewalt an, jeden zu Vorkehrungen für die Geſundheitspflege zu zwingen u. f. f.? Warum haben wir Geſetze gegen unredliche Konkurrenz, Betrug, Wucher, falſches Spiel u. f. w.? Könnte nicht jeder ſelbſt vorſichtig ſein, ſich vor Schaden bewahren? „Du meinteſt es redlich,“ möchten wir dem Verfaſſer zurufen, aber den Nachſatz in dem Rückertſchen Gedicht an Uhland: „doch du haſt für unſer Volk kein Herz“ dahin abändern: „du kennſt augenſcheinlich den Stamm nicht hinlänglich.“ Er faßt einen gewiſſen rituellen Akt als Arier auf, aber dieſe Auffaſſung iſt dem Juden fremd. Was der Germane eine Verſtümmelung nennt, gilt dem Juden als ein Symbol ſeines Bundes mit ſeinem nationalen Gotte, der ſeinem auserwählten Volke die Herrſchaft über alle Völker des Erdballs zugesprochen hat. Möge ſich der Verfaſſer erkundigen, wie „aufgeklärte“ Juden über den Eingriff des Schweizervolks in die jüdiſchen Reſervatrechte urteilen! Die nationale Religion, die durch Jahrtauſende fortgepflanzte Volkstradition hält Orthodoge und Ungläubige zuſammen als einen geſchloſſenen „Fremdkörper“ mitten in unſerm Volke. Gewiß darf die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß ſich die Juden mehr und mehr aus dieſer Fefſel losringen, deutſch denken und fühlen lernen; aber dazu iſt eine lange Übergangszeit notwendig, unſre ſentimentale Philanthropie dient nur dazu, das jüdiſche Volk mit Waffen zum ſtillen Kampfe gegen unſer Volkstum zu verſorgen.

An den Juden wird auch jeder Verſuch einer die realen Bedingungen des Staatslebens berückſichtigenden Reform des Wahlweſens immer die heftigſten Widerſacher finden, die jüdiſchen Zeitungen ſind die Hauptverbreiter der den geſunden Menſchenverſtand verwirrenden Suggestionen. Machen wir uns

endlich klar, daß es keine Schande ist, von den Reklameblättern als reaktionär, als besangen in Sonderinteressen, als unduldsam, mit einem Wort als antisemitisch verschrien zu werden.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Symbiose. Vor einiger Zeit wurde in den Grenzboten die Ansicht ausgesprochen: Wucherer wie die westdeutschen Güterschlächter und Viehhändler müßten allerdings bestraft werden, nicht um den dortigen Bauernstand zu retten, wozu andre, positive Maßregeln gehören würden, sondern weil doch eben eine Schädigung des Nächsten, bei der es nicht heißen könne: *volenti non fit injuria*, nicht ungestraft bleiben dürfe, und weil das Treiben der gemeingefährlichen Menschenklasse, um die es sich dabei handelt, gebrandmarkt werden müsse; dagegen widerfahre dem Biederlichen, der sich an den Halsabschneider wendet, von diesem nur sein Recht, und der Staat habe keine Veranlassung, sich des einen gegen den andern anzunehmen. Wie richtig der zweite Teil dieser Ansicht ist, hat jeder Tag der Verhandlung in Hannover gezeigt. Als schutzbedürftige Waisenknaben wird die alten Generäle und Rittergutsbesitzer, die dort als Zeugen auftreten, doch niemand hinstellen wollen. Auf Kavaliere reimt sich Vampyr; keine dieser beiden Arten von Tierchen kann ohne die andre leben, und kann oder will man die Kavaliere nicht ausrotten, so wird man ihnen wohl oder übel die Vampyre, die ja andern Geschöpfen nichts thun — wer von uns Grenzbotenleuten hätte wohl von Seemann und Genossen etwas zu fürchten! — so wird man ihnen also dieses Ungeziefer lassen müssen. Und dann: wie kommt der Staat dazu, das Falschspielen zu bestrafen? Er erkennt den Spielvertrag nicht an (daher kommt es ja, daß Spielschulden Ehrenschulden sind), folglich geht ihn die Verletzung dieses Vertrages durch Betrug so wenig etwas an, wie die durch Nichtbezahlung der Spielschuld. Ja der Staat verbietet sogar das Hazardspiel. (Daß er nicht den Spieler bestraft, sondern den Wirt, bei dem gespielt wird, daß er selbst durch seine Lotterie zum Spiel verleitet, daß er dann wiederum das Spielen in den „ausländischen,“ d. h. in der sächsischen, der braunschweigischen u. s. w., Landeslotterien verbietet, gehört zu den zahllosen Widersprüchen, in die sich unsre Strafgesetzgebung rat- und hilflos verwickelt hat.) Wie kann er den Spieler in Schutz nehmen gegen den Spielgenossen, der ihn bei der verbotnen Handlung bemogelt? Das ist ja gerade so, wie wenn er einen Spitzbuben davor schützen wollte, von seinen Diebsgenossen bei der Teilung der Beute übervorteilt zu werden! In volkswirtschaftlicher und sozialer Beziehung aber ist es ganz gleichgiltig, ob der Spieler sein Geld an einen ehrlichen oder an einen mehrlichen Mitspieler verliert. Ja, wenn durch die Bestrafung des falschen Spielers das Geld gezwungen werden könnte, an die Stellen zu flüchten, wo es von Rechts wegen hingehört! Aber daran ist ja gar nicht zu denken! „Ich sagte mir — so äußert sich der Zeuge Graf Sierstorppf —, es ist gleichgiltig, ob ich nach Monaco gehe oder zu Samuel Seemann.“ Was ein rich-